Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31997
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Fr. eilal. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
67. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzarten werden mit 30% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggebers.

226 — Montag, den 28. September — 1925

Die deutsche Annahme-Antwort überreicht

Die Helfer Luthers und Stresemanns bei den Paktverhandlungen

Staatssekretär Dr. Schubert — Ministerialdirektor Dr. Gaus, Jurist. Beirat — Ministerialdirektor Kiep, Pressechef

Uebergabe in Paris, London und Brüssel

Aus Paris wird gemeldet: Der deutsche Botschafter v. Hoesch hat Sonnabend nachmittag in Abwesenheit des Außenministers Briand dem Generalsekretär am Quai d'Orsay Berthelot, die Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung der alliierten Mächte zu einer Ministerkonferenz überreicht. Die Antwort stellt eine Annahme der Einladung dar.

Im Anschluß an die Uebergabe der Antwort der Note kamen die verschiedenen, mit der Begegnung der Minister zusammenhängenden Fragen zur Sprache.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß der dortige deutsche Botschafter einen gleichen Schritt am Ministerium des Auswärtigen unternommen hat. Der deutsche Botschafter wurde gegen Mittag von Vandervelde empfangen, dem er die Antwortnote der deutschen Regierung überreichte. Es entspann sich im Anschluß an die Uebergabe eine zweistündige Unterredung.

Der deutsche Botschafter in London Dr. Sthamer hat gleichfalls Sonnabend nachmittag am Foreign Office durch Ueberreichung einer Note die Annahme der Einladung Deutschlands bestätigt.

*

Mitteilung an Italien

Die Agenzia Stefani meldet aus Rom: Der deutsche Geschäftsträger teilte dem Ministerium des Aeußern mit, daß die deutsche Regierung an einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt teilnehmen werde.

Die belgische Delegation für die Konferenz

Das Brüsseler Etoile Belge meldet, daß sich die belgische Delegation für die Paktkonferenz wie folgt zusammensetzen wird: Außenminister Vandervelde, sein Kabinettschef Rolin, der Mitglied der Juristenkonferenz in London war, und der Referent für westeuropäische Angelegenheiten im Außenministerium van Zuyden.

Die Befürchtungen Rußlands

(Eigener Informationsdienst.)

Die russische Sowjet-Regierung scheint nach den Informationen der diplomatischen Kreise auch jetzt noch fieberhaft bemüht zu sein, der Sicherheitspolitik der Westmächte durch ihre Verhandlungen mit Polen mit allen Mitteln entgegenzuwirken. In Moskau behauptet man, daß der Westpakt für Rußland eine unerträgliche Situation geschaffen habe, und daß Deutschland sich ganz vergeblich den Anschein gebe, als ob es durch eine Westorientierung seiner auswärtigen Politik absolut keine Aenderung in den Beziehungen zu Rußland eintreten lassen werde. Wenn Deutschland den Sicherheitspakt im Westen abschließe, werde das Zustandekommen eines russisch-polnischen Bündnisses nicht mehr zu verhindern sein. Die russische Diplomatie habe Berlin gewarnt, aber diese Warnungen seien scheinbar ganz überhört worden.

Der Völkerbund als Garant eines Ostpaktes?

In Londoner Kreisen verlautet, Dr. Benesch habe erklärt, die Tschechoslowakei wäre vollständig damit einverstanden, wenn an Stelle Frankreichs der Völkerbund die Garantie des möglichen Ostpaktes übernehme. Diese Erklärung hat hier großes Aufsehen erregt, da man der Ansicht ist, in einem solchen Falle könnten die Polen auch nicht mehr darauf bestehen, daß Frankreich der Garant sein müsse.

Tschitscherin kommt nach Berlin

Wie von der sowjetrussischen Botschaft in Berlin bestätigt wird, trifft der russische Volkskommissar für Auswärtiges Tschitscherin am Mittwoch oder Donnerstag in Berlin ein, und wird sich einige Tage in der Reichshauptstadt aufhalten, um dann nach einem deutschen Kurort weiter zu reisen. Es sei selbstverständlich, daß Tschitscherin die Gelegenheit wahrnehmen werde, unmittelbar vor Beginn der Sicherheitskonferenz mit dem deutschen Reichskanzler und dem Außenminister Dr. Stresemann zu sprechen. Bei diesem Anlaß werde sich der russische Staatsmann mit den Leitern der deutschen Politik auch über hochpolitische Fragen unterhalten. Man dürfe aber die Bedeutung einer Zusammenkunft Tschitscherins mit Dr. Luther und Dr. Stresemann nicht überschätzen wollen, denn es handele sich nur um private Unterhaltungen und nicht etwa um politische Verhandlungen. Tschitscherin habe dabei keine besondere Mission, und sein Berliner Besuch sei keineswegs von den beiden Regierungen irgendwie verabredet worden. Vielmehr war wiederholt russischerseits beabsichtigt, eine Zusammenkunft mit den deutschen Staatsmännern zu vermeiden. Erst nachträglich habe man sich zu der Auffassung bekannt, daß es nützlich sein würde, wenn Tschitscherin der Berliner Regierung seinen Besuch abstattet.

Zwei Entschließungen der badischen Deutschnationalen

Sonntag morgen traten die Ausschüsse des badischen deutschnationalen Landesparteitages in Mannheim zusammen. Im Lehrerausschuß wurde eine Entschließung gefaßt, die später vom Parteivertretertag gebilligt wurde. Der Lehrerausschuß lehnt den bekannt gewordenen Entwurf eines Reichsschulgesetzes ab. Um 11 Uhr trat der Parteivertretertag zusammen. Die kurze Aussprache unterstrich die Ausführungen der beiden Referate von gestern. Einmütig wurden dann zwei Entschließungen angenommen.

In der ersten Entschließung heißt es:

Der Landesparteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktionen zu ersuchen nachstehende Forderungen sich zum Programm zu machen:

Vor allen Verhandlungen über einen Sicherheitspakt und vor Eintritt in den Völkerbund hat die amtliche Notifizierung des Widerrufes der Kriegsschuldfrage zu erfolgen, muß die Räumung der ersten Zonen vollzogen und die Beseitigung der Unwürdigkeiten des Besatzungsregimes im Rheinland und im Saargebiet sichergestellt sein.

Außerdem müssen die Entwaffnungs- und die Luftnote und der Investigationsbeschluß sistiert und über den Schutz der deutschen Minderheiten in den fremden Ländern und die Rückgabe der Kolonien aussichtsreiche Zusagen gegeben worden sein.

Ein Eintritt in den Völkerbund, der sich auf die §§ 10 bis 16 des Versailler Vertrages über die Schuldlüge aufbaut, ist von vornherein abzulehnen.

Der Abschluß endgültiger Verträge ist davon abhängig zu machen, daß über eine frühere Räumung der zweiten und dritten Zone und eine frühere Abstimmung im Saargebiet die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung entsprechend dem Versailler Vertrage und dem Völkerbundsstatut bindende Zusagen gegeben werden.

Diese Forderungen sind als Mindestforderungen zu bezeichnen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden darf, auch auf die Gefahr hin, sich in Zukunft nicht mehr an der Regierung zu beteiligen.

Die zweite deutschnationale Entschließung des Landesparteitages lautet: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Reichstagsfraktion dem von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Verlangen nach Ausweisung der seit dem 1. Oktober 1914 eingewanderten Ostjuden in der Regierung sämtlich Geltung verschafft. Diese Ausweisung ist im Interesse der Einschränkung des Zwischenhandels und damit zur Durchführung des Preisabbaues sowie zur Linderung der Wohnungsnot dringend geboten. Ferner soll die Reichstagsfraktion im Hinblick auf die schmachvolle Behandlung der deutschen Optanten mit allem Nachdruck für die alsbaldige Ergreifung rücksichtsloser entsprechender Gegenmaßnahmen gegen die auf deutschem Gebiete befindlichen polnischen Staatsangehörigen eintreten.

Von der spanischen Marokkofront

Die Agentur Fournier verbreitet eine Depesche aus Madrid, wonach General Primo de Rivera mitgeteilt habe, die spanischen Truppen hätten Sonnabend Ajdir eingenommen. Die Agence Havas besitzt keine Bestätigung dieser Meldung.

Der Charakter der Konferenz

Die Annahme der Einladung der Alliierten zu der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt durch Deutschland ist im Ausland mit der Befriedigung hingenommen worden, die man in einem solchen Falle erwartet hat, nachdem feststand, daß der letzte Beschluß des Reichskabinetts nicht anders ausfallen konnte. Es wäre unter diesen Umständen töricht, wenn man nach diesem formalen Abschluß es unterließe, sein Augenmerk nunmehr erst recht auf das diplomatische Spiel zu richten, das sich bereits im Vorfelde des künftigen Kampfgeländes deutlich zu erkennen gibt. Ein Blick in die ausländische Presse, insbesondere in die Pariser Blätter genügt, um uns zu zeigen, in welcher Weise die Gegenseite den Kampf einleitet. Es ist interessant, zu sehen, wie die französische Regierung die ihr ergebenen Presseorgane instruiert, wie diese über die Schwierigkeiten und Hindernisse der künftigen Konferenz aufgeklärt und gleichzeitig darüber belehrt werden, welche Schlüsse daraus für Frankreich zu ziehen sind. Im Lichte dieser Pariser Pressekommentare erscheint heute schon manches anders, als man es noch vor Tagen zu hören bekam. Das gilt insbesondere hinsichtlich des Charakters der Konferenz als auch der Verquickung des Westpaktes mit den östlichen Schiedsverträgen, die, wenn auch in labiler Form, so doch den Polen und Tschechen von französischer und auch englischer verantwortungsvoller Stelle bis zu einem gewissen Grade zugestanden ist, wenn auch materiell nichts vereinbart wurde. Die Reichsregierung hat allen Anlaß, wachsam zu sein. Es ist ganz natürlich, daß die schwierigen politischen Fragen, deren Bereinigung auf der kommenden Konferenz vor sich gehen soll, in der bis zur Abreise der deutschen Delegation zur Verfügung stehenden Zeit einer weiteren eingehenden Prüfung unterzogen werden. Dazu diente ja schließlich auch die Aussprache zwischen dem Kabinett und dem Ministerpräsidenten der Länder, sowie die Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages. Richtunggebend wird für diese Erörterungen über den Sicherheitspakt und die anderen mit ihm zusammenhängenden Fragen sein müssen, daß der Charakter der Konferenz noch ebenso problematisch ist, wie in gewissem Sinne auch das Programm. Wir wissen, daß zunächst der Gedanke aufgetaucht war, eine Aussprache mit den Außenministern der beteiligten Länder im Rahmen strengster Vertraulichkeit herbeizuführen. Wir wissen auch, daß man dann den Plan einer Konferenz erwogen hat, innerhalb deren ein gewisser Abschluß der Debatte über den Sicherheitspakt herbeigeführt werden sollte und daß einer zweiten Konferenz die Ratifizierung dieses Abschlußabkommens vorbehalten war. Die Unsicherheit der beiderseitigen Auffassungen hat schließlich dazu geführt, daß man sich treffen wird, ohne sich bereits zu Beginn der Verhandlungen darüber im klaren zu sein, welcher Art der Charakter der Konferenz sein wird. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich ein ähnlicher Behandlungsmodus herausbilden wird, wie wir ihn in London anläßlich der Verhandlungen über den Dawesplan kennen gelernt haben. Man kann sich wohl denken, daß eine Teilung der Materie erfolgt, daß je nach Bedarf Besprechungen zwischen den Unterhändlern stattfinden und daß man auf diese Weise auch zu einer gangbaren Lösung der Fragen kommt, die man in gewissen Kreisen als Voraussetzung zum Eingehen eines Sicherheitspaktes seitens Deutschlands angesprochen hat, die aber jedenfalls von Bedeutung für das Schicksal der Paktverhandlungen sein werden. Hierbei erscheint es uns wichtig, daß aus dem Verlauf der Londoner Juristenaussprache wohl zu ersehen ist, daß die zur Debatte stehenden Unterfragen dort in einem Sinne behandelt worden sind, der uns die Gewähr dafür gibt, daß wir die Diskussion mit den anderen Partnern leichter führen können.

Dies festzustellen, heißt nichts anderes, als daß die Besprechungen zwischen den Ministern nicht unbedingt unter einem ungünsti-